

Bezugspreis:

Vom 16.-22. Sept. 4 Millionen Mark voranz zahlbar. Unter Kreuzband vom 16.-22. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich u. Lugemburg 3 000 000 Mk., für das übrige Ausland 6 000 000 Mk. Selbstbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Keil“, der Unterhaltungsbeilage „Beim Welt“ und der Beilage „Stiehlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-293
Verlag: Dönhoff 2508-2507

Mittwoch, den 19. September 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diktonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Auf der Devisensuche.

Ueberraschende Durchsuchung in den Schiebercafés.

Auf Ersuchen des Kommissars für Devisenerfassung veranfaßte die Wucherpolizei des Berliner Polizeipräsidiums in Verbindung mit Beamten des Fremdenamtes, der Schutzpolizei, der Finanzverwaltung und Beamten des Devisenkommissars in einer Reihe größerer Cafés der Berliner Friedrichstadt und des Westens eine Durchsuchung nach ausländischen Werten, für die eine gesetzliche Ablieferungspflicht besteht.

Während die kontrollierenden Zollbeamten sich unauffällig in die Lokale begaben, sperrte die Schutzpolizei Ein- und Ausgänge, die Gäste und das Personal wurden dann auf verborgenen Devisenbörse hin untersucht. Soweit sich die Betroffenen über den rechtmäßigen Erwerb und Besitz nicht ausweisen konnten, fand eine vorläufige Beschlagnahme gegen Quittung statt. Das ganze Unternehmen, bei dem der Devisenkommissar, Geheimrat Jellingner, und der Leiter der Wucherabteilung, Regierungsrat Hinkel, persönlich zugegen waren, verlief in größter Ruhe und weitgehendster Schonung des Publikums und des Geschäftsbetriebes. Die genauen Ergebnisse unterliegen noch der Bearbeitung.

Forderungen unserer Reichstagsfraktion.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß am Dienstagmittag in einer eingehenden Besprechung mit der gesamten außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden muß, um von deutscher Seite schleunigst zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziele der Befriedung des Ruhrgebietes und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhältnisse.

Bezüglich der innenpolitischen Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst der durch den Währungssturz die Preissteigerungen, die Arbeitslosigkeit, den Kohlen- und Nahrungsmittelmangel gekennzeichneten Lage betont. Es müßten deshalb alle Maßregeln getroffen werden, die geeignet seien, eine Vinderung dieser Währungs- und Wirtschaftsschwierigkeiten zu erzielen. Außer den von der Regierung bereits angefügten währungs- und finanzpolitischen Schritten wurde gefordert: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Einfuhren, auch von Kohle, da angesichts der Betriebseinsparungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Annahme gerechtfertigt ist, daß auf Braunkohle eingestellte Unternehmungen jetzt wieder zur Verwendung von Steinkohle zurückkehren. Verlangt wurde ferner, daß den Stilllegungen von Betrieben durch Mitwirkung der Betriebsräte und die schärfste Prüfung durch die Demobilisationskommissare entgegen gewirkt wird und bei nicht gerechtfertigten Stilllegungen die Rohstoffe und Devisen dieser Unternehmungen enteignet werden. Außerdem wurde die Sicherstellung der Ernährung gefordert, die besonders in den Großstädten und Industriebezirken durch völlig ungenügende Zufuhren gefährdet ist.

Der Fraktionsvortrag wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen der Einberufung des Reichstages in Verbindung zu treten. Die nächste Fraktionsversammlung soll einen Tag vor der Reichstagsitzung stattfinden.

Der Weg zur Befundung.

Erklärungen Sollmanns.

Köln, 18. September. (Rth.) Ein Redaktionsmitglied der „Rheinischen Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Sollmann über die Ziele der Reichsregierung. Der Minister sagte u. a., das Reichskabinett beschäftige sich mit der Frage der Beendigung des Ruhrunternehmens, mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mit der Währungsreform und mit der Beförderung unserer Ernährungsfrage.

Sollmann kam dann auf die letzte Rede Poincarés zu sprechen, wobei er betonte, diese Rede habe manche Illusionen zerstört, die in der letzten Zeit, allerdings nicht bei der Reichsregierung, entstanden waren. Dennoch werde die Rede die großen Entscheidungen im Westen nicht hinauszögern. Binnen kurzer Zeit werde man erste Entschlüsse fassen müssen. Das Kabinett sei mit Stresemanns außenpolitischer Führung völlig einverstanden. Die Minister seien sich einig, Ueberall müsse man sich aber klar sein, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann. Die Reichsregierung werde nur in enger Verbindung und in voller Einmütigkeit mit dem befehlten Gebiet verhandeln können. Wichtig sei es, daß vier Minister aus dem befehlten Gebiet stammen. Ihm scheine die Einigkeit der rheinischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen, soweit die Rheinlandpolitik in Betracht komme, niemals notwendiger gewesen zu sein, als in den kommenden Monaten. Wer diese Front zerreiße, besorge die Geschäfte der Imperialisten Frankreichs.

Sollmann ging dann auf die drohende Arbeitslosigkeit ein. Die Reichsregierung, sagte er, bereite eine Abänderung der Stilllegungsverordnung vor.

um Massenentlassungen vorzubeugen.

Ein Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge sei vorgesehen. Große Sorge mache die Frage, wie die Ernte schleunigst auf den Markt gebracht werden könne. Wir müßten deshalb in diesem Monat mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel herauskommen, um die Ernte auf den Markt zu locken.

Die innere Politik der Regierung gehe dahin, innere Unruhen zu vermeiden.

Es käme nur darauf an, die Massen einigermaßen zu ernähren. Sollten trotzdem Desperados losbrechen, würden sie sich in der Kraft der Republik täuschen. Die militärische und politische Macht sei stärker als jemals seit der Revolution.

Bezüglich des Achtstundentages sagte Sollmann: „Wir bleiben auf unserem seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der Achtstundentag grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben muß, während Mehrarbeit zu leisten ist, wo die Interessen der Gesamtwirtschaft es erforderlich machen.“

Köln, 18. September. (WLB.) Der Reichsminister des Innern Sollmann nahm am Sonntag an der Einweihung des Kölner Stadions, der größten Sportanlage Europas, teil. Am Montag hatte der Reichsminister eingehende Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des befehlten Gebietes.

Ausnahmezustand im badischen Streikgebiet

Karlsruhe, 18. September. (WLB.) Zu den Demonstrationen und Unruhen in Oberbaden wird amtlich mitgeteilt: In Lörrach kam es in der Nacht zum 18. September mehrfach zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Dabei fielen beiderseits Schüsse. Im Laufe der Nacht konnte die Polizei zu einer Reihe von Verhaftungen schreiten. Auch gelang es, Demonstranten Waffen und Munition abzunehmen. Nachdem heute früh einigermaßen Ruhe eingetreten war, fanden vormittags erneute Angriffe der Demonstranten auf die Polizei statt. Verschiedentlich auf die Polizei abgegebene Schüsse wurden von dieser nicht erwidert. In Säckingen fanden gestern Abend im Bezirksamt Cohnverhandlungen statt, die sehr stark unter dem Druck der Straße standen. Die vor dem Bezirksamt angeammelte Menge drang vorübergehend in das Amtsgebäude ein. Nachts wurden auswärtige Polizeikräfte eingesetzt, die die Ordnung wiederherstellten. Im Hinblick auf die Vorgänge in den oberbadischen Amtsbezirken verhängte das Staatsministerium durch Verordnung vom heutigen Tage über die Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schönau und Säckingen den Ausnahmezustand.

Die heutige Nummer der kommunistischen Arbeiterzeitung in Mannheim ist von der Polizeidirektion Mannheim auf Grund der Notverordnung vom 7. August wegen eines Artikels, betitelt „Arbeitermord in Lörrach. Die badische Regierung läßt hungern Arbeiter niederzischen“, verboten worden.

Kommunistische Generalstreikpropaganda.

Mannheim, 18. September. (Rth.) Wegen der Vorgänge in Lörrach ruft die K.P.D. Badens zum Generalstreik in ganz Baden auf. Die Kommunisten fordern die sofortige Zurückziehung der Schutzpolizei aus dem Streikgebiet, Freilassung der Verhafteten und die Bezahlung von Friedensreallohn.

Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger für heute nachmittag zu einer Protestversammlung wegen der Vorgänge in Lörrach auf den Marktplatz gerufen. Die Versammlung, die sich in ziemlich erregter Stimmung befand, ging mit dem Beschluß auseinander, in den Betrieben morgen früh über den Generalstreik abstimmen zu lassen. Die Angestellten Mannheims demonstrierten vor dem Bezirksamt für eine Gehaltserhöhung. Dabei mußte die Polizei einschreiten und die Straße säubern. Zehn Personen wurden verhaftet.

Karlsruhe, 18. September. (Rth.) Den streikenden Arbeitern von Lörrach haben sich auch in Oberbaden die Arbeiter der chemischen Fabriken und anderer Betriebe, so in Braunsfelden und Weil, Leopoldshöhe, Niedlingen, Wiehlen und anderen Orten, angeschlossen. Die Streikwelle hat sich bis nach Waldshut ausgedehnt. Die aus Lörrach anmarschierenden streikenden Arbeiter wurden in Waldshut von einem starken Aufgebot der Schutzpolizei mit Maschinengewehren empfangen und zur Umkehr gezwungen. Schüsse wurden nicht abgegeben. Die Arbeiter von Rheinfelden haben die Stromzufuhr unterbunden, so daß Lörrach gestern Abend vollständig ohne Licht war.

Die Mark in New York.

In New York ist die Mark gestern gegenüber der amtlichen Berliner Notiz weiter gesunken, aber wiederum nicht in dem Ausmaß, das die starken Kurschwankungen des Dollars im Berliner Freiverkehr befürchten ließen. Die Schlussnotierung der New Yorker Börse ergab unter entsprechender Umrechnung einen Preis von 222,2 Millionen Mark für den Dollar nach dem Gold- und von 212,7 Millionen Mark nach dem Briefkurs.

Zurück zur Goldmark!

Das Währungsprogramm der Reichsregierung.

Der Entwurf, zu dem sich die Beratungen des Kabinetts über die Schaffung eines wertbeständigen Geldes verdichtet haben, stellt den ersten Schritt zur grundsätzlichen Umgestaltung der Währung dar. Während die Maßnahmen der Regierung bis jetzt nur die Stützung der Papiermark bezweckten, verfolgt der Entwurf die Absicht, eine neue Währung zu schaffen, die Goldwährung sein soll und auf effektivem Gold und Devisen basiert. Dieses Ziel wird durch die gegenwärtige Reform nicht mit einem Male erreicht werden, vor allem deshalb, weil es an einer genügenden und ausreichenden Gold- und Devisendeckung fehlt. Daher ist eine Zwischenlösung vorgesehen, die allerdings wenig übersichtlich und klar ist. Drei Währungen nebeneinander sind kein Idealzustand und werden nicht zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs dienen, wenn sie auch mit dem Millionen- und Milliardenunfug endlich Schluß machen werden. Der Zustand ist aber nicht zu vermeiden, weil das Budget des Staates eben jetzt noch nicht ausgeglichen und eine feste Währung ohne Ordnung im Haushalt einfach nicht möglich ist. Die Regierung geht den durchaus richtigen Weg, wenn sie den Ausgleich des Budgets von der Währungsseite her vornimmt. Zu den währungstechnischen Maßnahmen der Regierung werden die materiellen treten. Es liegt bereits ein Finanzprogramm vor, nachdem die stärkste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgt. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen, die die Steuerabotage zum guten Teil unterbindet, wird eine große Ertragssteigerung der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Regierung in kurzer Zeit Ordnung in Einnahmen und Ausgaben schafft und damit zugleich eine Plattform zu einer definitiven Lösung der Währungsfrage durch die allgemeine Goldnote.

Die Ausgabe der eigentlichen Goldnote wird in Zukunft Aufgabe der Reichsbank sein. Die neue Goldnote ist durch Devisen und Gold gedeckt und ist dasjenige Geld, das die endgültige Währungsreform anzustreben hat. Aus den bekannten Gründen wird die neue Goldnote sich auf gewisse Kreise der Bevölkerung, insbesondere auf die Wirtschaft, beschränken. Von besonderer Bedeutung wird die neue Goldnote dadurch, daß sie ein wichtiges Mittel zur Mobilisierung der Ernte darstellt.

Ihr gegenüber ist die Note, die die neu zu schaffende Bank herausgeben soll, ein Behelfsmittel, durch das erst einmal dem Staat wertbeständige Kredite zur Verfügung gestellt werden, um das Budget auszubalancieren. Sie ist nichts anderes als eine Uebergangsnote, die in absehbarer Zeit gegen die endgültige Goldnote umzutauschen ist. Sie gründet sich auf Sachwertbelastung und kann gegen festverzinsliche, auf Gold lautende Rentenbriefe umgetauscht werden. Deshalb ist durch sie die Möglichkeit gegeben, den Devisenmarkt, soweit Devisen als Sparmittel gehamstert wurden, zu entlasten. Für die Sicherheit der Rentenbriefe haftet der Sachbesitz. Das böse Beispiel ähnlicher auf Sachwerte lautenden Crediträt früherer Zeiten, z. B. der mandats territoriaux der französischen Revolution, kommt nicht in Betracht, weil die neu zu schaffende Bank bei ihrer Notenausgabe an die zur Verfügung stehenden Summen aus der Belastung der Sachwerte gebunden ist und die Noten nur kurze Zeit gültig sein sollen. Technisch ist die Maßnahme, die hier vorgenommen wird, äußerst interessant. Der Staat bürdet seine schwebende Schuld den Sachwertbesitzern auf. Die schwebende Schuld wird tatsächlich durch Goldhypotheken fundiert, und die Belastung wird verschwinden können, so bald der öffentliche Haushalt in Ordnung gebracht ist. Dieses Ziel wird um so eher erreicht werden können, wenn die Maßnahmen der Regierung außenpolitisch irgendeine Erleichterung erfahren.

Die Papiermark wird zu der Währungsnote durch die Umtauschmöglichkeit in ein ganz bestimmtes Verhältnis treten. Weiter bietet das Reuegeld der Währungsbank ohne weiteres große Möglichkeiten zur Regulierung des Marktkurses. Sicherlich ist infolge der neuen Währung damit zu rechnen, daß die Mark dann stabiler oder widerstandsfähiger sein wird als heute. Jedoch kann man auch die Befürchtung nicht von der Hand weisen, daß in der Praxis, wo man ohne weiteres mit dem Reuegeld rechnen wird, eine Ablehnung der Mark in Erscheinung tritt. Man greift im allgemeinen nach dem besseren Geld, und gegenüber der Papiermark ist die durch Gold und Devisen gedeckte Note der Reichsbank und die Note der Währungsbank, die unmittelbar auf Sachwerten basiert und die man nicht erst lange umzutauschen braucht, das bessere Geld, das im Verkehr, und auch im Kleinverkehr, den Vorzug hat. Es könnte der Uebelstand eintreten, daß der größere Teil der Bevölkerung in seinem Zahlungsverkehr auf Papiermark angewiesen ist. Es würde aber im Interesse der kommenden Reform liegen, wenn man die Millionen der Konsumenten nicht von der besseren Note ausschließen würde. Das wäre leicht durch eine möglichst kleine Stückelung der Note zu erreichen, wie es z. B. die Tschechoslowakei getan hat, indem sie ihre Krone auf einem Stande stabilisierte, der einen kleinen Bruchteil des Dollars darstellt.

Alles in allem bedeuten diese Entschlüsse der Reichsregierung eine Abkehr von der Papiermark als Währungsgeld. Sie mußte bis auf Millionstel-Teile ihres alten Wertes zusammenschrumpfen, ehe man sich zu diesem Entschlusse bereitgefunden hat. Bei den vorhergehenden Folgen aber, die die letzten Stadien der Marktentwertung für die gesamte Wirtschaft und für die soziale Lage der Arbeiterschaft gehabt hat, ist es unabwendbare Notwendigkeit, jetzt nach dem neuen Geld zu suchen. Man kann dem Entwurf die Anerkennung nicht vorenthalten, daß er alle vorhandenen Mittel zur Stabilisierung der Währung zu erschöpfen sucht. Sowohl große Teile des Sachbesitzes wie des Gold- und Devisenbesitzes sollen in absehbarer Zeit mobilisiert, und die Einführung der Goldnote durch die Sanierung des Staatshaushaltes in einer Weise vorbereitet werden, die eine neue Inflation mit der neuen Goldnote ausschließt. Daß der Übergang kompliziert ist, darf nicht verwirren. In jedem Falle wird er nach kurzer Zeit einfacher sein als der Millionen- und Milliardenentwurf, mit dem man heute arbeiten muß.

Insbesondere aus sozialen Gründen ist die Schaffung der neuen Währung zwingendes Gebot. Während der Reallohn durch die letzten Markttürze immer wieder vermindert wurde, entstand eine Arbeitslosigkeit mit unabsehbaren Konsequenzen. Man muß sich darüber klar sein, daß auch die Neuaufrichtung einer neuen Währung die Arbeitskrise zunächst nicht beseitigt, vielleicht noch verschärft wird. Aber diese Entwicklung muß überstanden werden, wenn wir zu einer Gesundung der gesamten Produktion kommen wollen und es bleibt Aufgabe der Sozialpolitik, die Wirkungen der Krise auf die schwer betroffene Arbeiterschaft zu mildern. Mancher Reiche und sicher auch mancher industrielle Betrieb, der heute in der Inflationswirtschaft glänzend arbeitet, wird die Umkehr zur rationalen Arbeitsmethode nicht finden. Die Umstellung wird also zeitweilige, und zwar große Arbeitslosigkeit bedeuten. Aber eine derartige Arbeitslosigkeit kann nur von vorübergehender Dauer sein, weil mit der Gesundung der Währung die Voraussetzung zur Befundung der Produktion geschaffen ist. Daran mitzuarbeiten ist die Arbeiterschaft gewillt. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit bedroht das ganze Volk mit maßloser Verelendung, die Arbeitskrise nach Einführung einer neuen Währung bedeutet dagegen den Fieberzustand, den die kranke Volkswirtschaft überwinden muß, wenn sie überhaupt jemals gefunden soll.

Das Währungsprojekt.

Aus dem Währungsprogramm sind noch folgende Einzelheiten mitzuteilen:

Die Bemühungen der Reichsregierung, ein wertbeständiges Geld zu schaffen, haben nun ihren Niederschlag in einem Entwurf gefunden, der eine Kompromißlösung darstellt. Um der Wirtschaft schnell wertbeständiges Geld in die Hand zu geben, wird die alte Reichsbank Goldnoten herausgeben. Getrennt davon soll eine neu zu schaffende Bank die Herausgabe einer weiteren Note vornehmen, die als gesetzliches Zahlungsmittel gilt. Die Papiermark wird Scheidemünze dieser Note sein.

Die Goldnoten der Reichsbank.

Um die Reichsbank instand zu setzen, die Funktionen einer reinen Goldnotenbank zu erfüllen, wird sie von den Staatsfinanzen völlig gelöst. Das geschieht dadurch, daß die Reichsbank die von ihr nicht mehr diskontiert werden. Seit 1914 sind die Schuldverschreibungen des Staates für die Deckung der Notenausgabe dem Gold, dem Kaufmannswechsel usw. gleichgestellt worden. Auf Grund dieses Mißstandes, des Zusammenhangs der Notenbank mit den Staatsfinanzen, konnte die Reichsbank noch Bedarf zu neuen Geldschöpfungen schaffen. Die Inflation konnte beliebig gesteigert werden, die Notenpresse Tag und Nacht laufen. Nach der durchgeführten Reform wird die Reichsbank nichts mit der Emission von Papiermark zu tun haben. Was sie herausgibt, sind Goldnoten, die durch effektives Gold, wobei man sehr wahrscheinlich weit über die Dreibeldeckung hinausgehen wird, um das Vertrauen der Bevölkerung zu der neuen Note zu erzwingen, gedeckt und durch Handelswechsel gesichert sind, so daß sich die Goldnotenemission, die neue Geldschöpfung, nur mit der tatsächlichen

Wenn der Held stirbt.

Von Erna Büsing.

In einem vornehmen Kino sucht das Publikum Entspannung. Der Direktor kennt seine Gäste und er legt Wert auf ein gutes Programm. Folglich muß in jedem Film zumindest ein Loter vorkommen. Das Sterben rollt sich stets wirkungsvoll im verlangsamten Tempo ab. Die Musik ist dabei illustrierend, gedämpft, bei jedem Aufschrecken des Films sterbenden lebt sie auf. Man spielt so ungefähr Zoe Maria mit Ritikigelscheit, in Hechtspungbewegung dirigiert.

Der Regisseur gibt zugleich die Hauptrolle. Er ist der Held, der in einem Zweikampf stirbt. Das kommt im Leben jetzt wenig, dafür im Film oder desto mehr vor. Der Held stirbt wie folgt: viertel tot, Großaufnahme, halb tot, Großaufnahme, dreiviertel tot, Großaufnahme, ganz tot, Großaufnahme. Der Regisseur lebt nämlich die Großaufnahmen, das heißt, solche von sich selbst. Sie sind die einzigen Ansprache, die er an den Film stellt. Ihr Gelingen ist auch das einzige Können, das er für den Film mitbringt. Und er stirbt einfach hinreichend zur tränenreichen Rührung aller schönen Seelen.

Der Backfisch schmüht sich unauffällig. Früher war der Backfisch als Hautochter bei der Frau Mutter in der Wirtschaft heischig und wartete auf den Mann. Heute ist der Backfisch bei irgendeiner Firma tätig und erzählt unangefordert jedem, daß seine Eltern früher sehr reich waren und wenn die Geldentwertung nicht gekommen wäre, er es gar nicht nötig hätte zu arbeiten. Er ist stumpfen Sinnes und schwärmerisch. Vor Menschen, die Unrecht in Recht verkehren und die bestehende Gesellschaftsordnung ändern wollen, hat er eine häßliche Angst. Der Wirklichkeit gegenüber ist er empfindungslos, er läßt sich nur durch einen Roman oder durch einen Film rühren. Und die wird immer so bleiben, selbst wenn der Backfisch 70 Jahre alt werden sollte.

Der reiche Herr, der dank Schiebergewinne Westmann durch Zufall wurde, wehlt nicht recht, was er mit dem sterbenden Helden anfangen soll. Aber er will sich nicht blamieren. Folglich stützt er sich mit beiden Armen breit auf und tut interessiert.

Die verführte Dame duftet nach Parfüm und guter Seife. Sie ist die Demonstration für Haut- und Teintpflege, die viel Geld kostet. Die verführte Dame ist überaus fein veranlagt, der Tod des Helden rührt sie tief. Sie haucht einen Seufzer in ihr zartes Spighenloshenduch und schaut interessiert auf ihre stimmungsvoll duft polierten Fingernägel. Die verführte Dame ist angezogen, sie wird heute abend auf ihrem Klavier noch Chopin spielen.

Der heldische Jüngling ist hellauflodernd begeistert. Jeder seiner Seufzer ist ein Stoßgebet an Ehrhardt und Rothbach. Deutschland ist noch nicht verloren! Nicht allein auf den Aborten

Steigerung der Produktion vollzieht. Diese Noten sind kein gesetzliches Zahlungsmittel. Auf eine Einlösung durch Gold oder Devisen glaubt man verzichten zu können, da auch die anderen Staaten mit Ausnahme von Nordamerika mit stabiler Währung die Einlöschungspflicht aufgehoben haben.

Das Sachwertgeld.

Die neuzuschaffende Bank soll den Bedürfnissen der Übergangszeit bis zur Balancierung des Reichshaushaltes dienen. Sie wird also für den Staat ein Finanzierungsmittel sein, das wertbeständig, durch Sachwerte gesicherte Kredite zur Verfügung stellt. Der Reichsfinanzminister schlägt die Dauer der Übergangszeit auf 3 bis 4 Monate. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken werden nach dem Beitragsbeitrag, der durch eine neue Vermögensveranlagung zur Erlassung der zahlreichen Reueichen revidiert werden soll, mit einer Goldhypothek von 5 Proz. belastet. Die Noten, die auf Grund dieser Sachwertverfälschung ausgegeben werden, sind gegen Obligationen umtauschbar, die zu einem festen Satz verzinslich sind. Sie sind ein ausgesprochenes Inlandzahlungsmittel. Die Höhe der Notenausgabe ist begrenzt durch das zur Fundierung zur Verfügung stehende Kapital und durch das in bestimmter Zeit zu bedende Defizit. Nach Schätzungen werden der Bank circa 4 Milliarden zur Verfügung gestellt. Wie weit sie diese Summe für die Notenausgabe benutzte, kann heute natürlich nicht gesagt werden. Die Regierung wird sich auf den äußerst notwendigen Betrag beschränken. Der Finanzminister schlägt ihn auf eine Milliarde.

Die Papiermark als Scheidemünze.

Die Papiermark tritt zu der neuen Währungsnote in ein ganz bestimmtes Verhältnis und ist vor allen Dingen vor einer weiteren Vermehrung gesichert. Die Notenpresse wird stillliegen, da sie zur Deckung des Reichsdefizits nicht mehr benötigt wird. Die Papiermark soll jedoch in ein festes Verhältnis zu dem auf Sachwerten fundierten Geld gebracht werden und nur noch als Scheidemünze dienen. Wahrscheinlich wird man dann auch zu einer Denomination streifen müssen und demnach den wahren Wert der Mark, der nur noch den winzigen Bruchteil eines Pfennigs vorstellt, auch in Zahlen ausdrücken müssen, etwa so, daß eine oder 10 Millionen alte Mark gleich einer neuen Mark sind.

Agrarische Logik.

In einem Artikel, der nach bekannter agrarischer Manier alle wesentlichen Momente zur Beurteilung der sozialen Lage der Arbeiterschaft verschweigt und mit aller Gemütsruhe die Tatsachen auf den Kopf stellt, nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ Stellung gegen unseren gestrigen Leitartikel. Sie schreibt u. a.:

Wer das Vergnügen hat, täglich zweimal das sozialistische Zentralorgan lesen zu müssen, weiß, daß dieses getreu dem Grundgedanken jener Heppresse: „Du mußt es täglich viermal lesen“, sein Geschwafel unermüdlich den Gehirnen selbst der begriffstüchsigsten Anhänger einhämmert. Geradezu komisch aber wirkt diese fortgesetzte Strapazierung der Gemüts- und Verstandesnarre, wenn darin wirtschaftliche Probleme „wissenschaftlich“ behandelt werden. So unterzieht sich das Blatt heute der undankbaren Aufgabe, ein regelrechtes Programm aufzustellen, das der Wirtschaft Geben, dem Arbeiter auskömmliche Löhne beschaffen soll. Zwar wird noch einmal die äußerste aufsehenswerte Behauptung aufgestellt, der Lohn des Handarbeiters stände weit unter dem Friedenslohn. Ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung, wie wir schon nachwiesen, nur sehr bedingt zutrifft, sollte doch selbst der „Vorwärts“ wissen, daß von einigen zweifelhaften Existenzen abgesehen, das ganze Volk seinen Bedarf an Mitteln zum Lebensunterhalt aus äußerster Einschränkung muß. Der Handarbeiter sieht jedoch in dieser Beziehung immer noch am besten da und kann mit gutem Gewissen wohl kaum verlangen, auf Kosten der anderen Volksgenossen eine Ausnahmestellung einzunehmen.

Davon, daß die „Deutsche Tageszeitung“ einen Appell zur Einschränkung der Lebenshaltung an ihre Kreise, die Agrarier, gerichtet hätte, ist uns bisher nichts bekannt geworden. Dagegen verkennt sie die Arbeiterschaft, die heute infolge von Kurzarbeit und Unterentlohnung bitterer Verarmung ausgesetzt ist, sie verschweigt, um wieder einmal ihre „Mehrarbeit“ fordern zu können, daß heute Hunderttausende von Arbeitskräften durch die Arbeitseinschränkungen

(wo bekanntlich völlige Befreiungspläne geschmiedet werden), auch im Kino atmet man zuweilen noch Heldenluft.

Ein Arbeiter sieht den sterbenden Helden und sagt: Quatsch! Und er empfindet, wie weit das ganze Getue an der Zeit und der Wahrheit vorbeigeht. Denn er weiß, hier im Kino sehen gewisse Kreise sich keines Vorkommens nahezu als Welttragödie an, aber draußen leben sie das große Sterben nicht, dieses Sterben, das einsetzt, weil gewisse Kreise nicht auf mühelosen Verdienst und Ueberfluß verzichten wollen.

Neues von den Brüdern Grimm.

Am 20. September sind lechzig Jahre vergangen, seit Jakob Grimm starb. Die Erinnerung an ihn und seinen Bruder Wilhelm wird jetzt wieder besonders lebendig durch die Veröffentlichung der „Briefe der Brüder Grimm“, die Albert Lehmann für den Verlag der Frommannschen Buchhandlung in Jena besorgt hat. Jakob und Wilhelm erscheinen hier im Briefwechsel mit den verschiedensten Persönlichkeiten in ihrer menschlichen und wissenschaftlichen Bedeutung. Nach der „Berrettung der Sieben“ aus Göttingen mußten sie sich nach einem neuen Wirkungsbereich umsehen und es befestigte sich in ihnen der große Gedanke des Deutschen Wörterbuchs.

Nachdem sie dann in Berlin heimisch geworden sind, lenkt sie mancherlei von diesem gewaltigen Unternehmen ab. „Meine Vorstellung“, schreibt Jakob, „die freilich nicht mehr als einige 30 zahlende Zuhörer hat, macht mir doch zu schaffen, schon der Wege halber; jeder Gang hin und zurück fordert 20 Minuten, für den langameren Wilhelm noch mehr.“ Im Jahre 1841 war eben noch der Weg von der Lennestraße nach den Linden eine weite Entfernung. Aus demselben Jahre berichtet Wilhelm: „Lied schwirrt hier in einem Meer von Ehre und Glanz. Er schließt das alles, wie seine Natur ist, mit Behaglichkeit und seinem Genuß, als wäre es Champagner-Schaum. Ich habe ihn noch nicht gesehen, vielleicht erblicke ich ihn heute abend in Potsdam, wo wir der Vorstellung der Antiquare bewohnen wollen. Die Eisenbahn wird heute nachmittag alle großen Bekker von Berlin aufladen und hinschaffen und abends 10 Uhr wieder zurückführen.“

Auch in Berlin blieben die beiden der alten Heimat treu, und besonders rührend sind die Schilderungen, die Wilhelm von der Reise nach der heßlichen Gegend gibt, in der er seine Kindheit und erste Jugend zugebracht. Der Zeit der Fremdherrschaft und der Verletzung erinnert er sich noch ganz genau. Waren doch diese Jahre des Zusammenbruchs und der Wiedererhebung das entscheidende Erlebnis für die Brüder, und nach 1837 sagt Jakob über den Franzosenhäß: „Der Generation, zu welcher wir gehören, wird Mißtrauen und Abneigung gegen die Franzosen unauslöschlich eingepflanzt bleiben, obgleich wir freilich vieles milder anleben, als wir 1813 bis 1815 taten. Dies Gefühl möchte aber meinetwegen ganz übergehen in das gefärfte und sichere Bewußtsein unserer eigenen deutschen Kraft, ohne alle Feindseligkeit; dann hätten wir nichts zu fürchten. Ein solches Bewußtsein hängt aber ab von politischer Einheit, die einmal wieder über Deutschland kommen muß.“

überhaupt verhindert sind, täglich acht Stunden zu arbeiten. Diese Tatsachen sind für sie „Geschwafel“. Sie verdächtigt diejenigen, die gegen ihre Verelendung kämpfen, während die Freunde der Agrarier im Ueberfluß schwimmen, des Eigenen.

Die „Tageszeitung“ ist übrigens hervorragend verzeßlich. Als sie noch Tag um Tag die Befestigung der Zwangswirtschaft forderte, sagte sie jedesmal, eine Steigerung der Produktion sei nur möglich, wenn den Landwirten, die ja nie Hunger gelitten haben, ein „angemessener Preis“ gegeben würde. Heute haben wir die freie Wirtschaft, den Ueberfluß der Agrarier, Lebensmittelmangel der Städte, weil kaum mehr jemand die geforderten Preise aufbringen kann. Das alles existiert für die Agrarier nicht, sie wollen mehr Arbeit, um mehr Arbeiter auf die Straße zu werfen, dem Hunger preisgeben zu können. Der Landwirt braucht die „angemessene Entlohnung, um produzieren zu können; der Arbeiter kann seinen Riemen enger schnallen und hungernnd produzieren!

Es geht nichts über die agrarische Logik. Wenn jetzt die neue Währung kommt, kann es nicht ausbleiben, daß auch die Reueichen in der Landwirtschaft wieder bei den Verbrauchern um Schutz und Hilfe gegen die ausländische Konkurrenz bitten werden. Dann wird es Zeit sein, sie an ihre Ueberheblichkeit und Anmaßung gegenüber den von der Teuerung am schwersten Betroffenen zu erinnern.

Keine Entscheidung in Thüringen.

Die Forderungen der Kommunisten.

Weimar, 18. September. (Eigener Droßbericht.) Am Mittwoch tritt der Thüringische Landtag zusammen, um sich zunächst über die Wahl eines neuen Ministeriums, und wenn das nicht möglich ist, über den von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag zur Auflösung des Landtages schlüssig zu werden. Nach dem Verlauf der bisher zwischen den Kommunisten und Vertretern der thüringischen Sozialdemokratie geführten Verhandlungen ist anzunehmen, daß beide Punkte der Tagesordnung eine positive Erledigung nicht finden. Die Verhandlungen zwischen den beiden genannten Parteien sollen, so schwierig sie sich bisher auch gestaltet, fortgesetzt werden. Da ihr Abschluß bis Mittwoch bei Zusammentritt des Landtages ausgeschlossen ist, wird der erste Punkt der Tagesordnung, die Wahl des Ministeriums, ohne weiteres hinfällig. Ueber den zweiten Punkt ist deshalb eine positive Entscheidung nicht zu erwarten, weil eine Auflösung des Parlaments nur mit den Stimmen der Kommunisten möglich ist, die sich aber vorläufig zu weiteren Verhandlungen über die Bildung einer Arbeiterregierung bereit erklärt haben. Ihre Hauptforderung ist die Anerkennung des Betriebsrätekongresses als mitbestimmende Instanz.

Die Lohnsteuerermäßigung.

Die Lohnsteuerermäßigungen, die bis 1. September monatlich neu festgesetzt wurden, sind diesmal bereits mit Wirkung vom 16. September ab gegenüber dem Stand vom 1. September verdoppelt worden. Aber auch diese Regelung reicht angesichts der schnellen Preis- und Lohnentwicklung nicht aus. Die erheblichen technischen Schwierigkeiten, die bisher bereits die automatische Veränderung der Lohnsteuerermäßigungen verhindert haben, machen es aber auch jetzt noch unmöglich, die steuerfreien Beträge vor dem 1. Oktober wöchentlich festzusetzen. Es darf allerdings angenommen werden, daß auch das Finanzministerium sich der Erkenntnis nicht verschließt, daß die Ermäßigungsätze, die vom 1. Oktober ab gelten werden, unter Berücksichtigung der ungenügenden Höhe des September sehr stark erhöht werden müssen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu diesem Zweck im Reichsfinanzministerium bereits vorstellig geworden. Die Fraktion hat ferner angeregt, bereits vom 1. Oktober ab eine automatische Anpassung der Ermäßigungsätze vorzunehmen unter Zugrundelegung des Ernährungsindezes bzw. der Goldmark. Eine solche Regelung ist notwendig, weil die Härten, die jetzt mit dem Lohnsteuerabzug verbunden sind, drückender werden, je mehr bei fortschreitender Geldentwertung die Reallohn sinken.

„Mimitry“ heißt das neue Stück des Thalia-Theaters. Dieser Titel macht erstens ein bißchen was her, zweitens hat er eine tiefe symbolische Bedeutung. Der Verfasser, C. A. Roellingshoff, erstreckt nämlich in der Regel einmal pro Woche die eifigen Mittagsblätter mit kleinen ulkigen Geschichten, er ist also Journalist. Unter „Mimitry“ versteht man bekanntlich die Fähigkeit mancher Lebewesen, etwas anderes zu scheinen als sie sind. Wenn man näher zuseht, ist es gar kein Witz, sondern ein grausliches Insekt. Roellingshoff will seine Zeitgenossen glauben machen, er sei ein Lustspielabtrant, aber es stellt sich heraus, daß er bloß Journalist ist. Der Titel ist zweifelslos geistvoll und das ist schon allerhand. Sonst ist von Geist nichts weiter zu spüren. Im zweiten Akt sprang der Schauspieler Platen plötzlich vom Sofa auf und rannte mit herumierbaurenden Hofenträgern schleunigst aus der Tür. Da lachte sich das Publikum halb tot, denn es dachte, Platen hätte Bauchschmerzen. Leider kam dann heraus, daß es anders gemeint war. Schade. Schade. Das wäre ein biß gewesen. Einen biß kann man doch in unserer schiefen Zeit von einem Egerzettel verlangen. Die armenhafte Idee, die da gestern zwei Stunden lang breitgetreten wurde, besteht darin, daß die tolle Wally mal sich selbst und mal ihre Zwillingsschwester Polly spielt, weil sie von zwei Liebhabern benutzt wird. 10 Minuten hindurch wäre das ganz gut gewesen, aber so troch das Gähnen im Theater herum.

Troch größter Mühehaltung konnten die Schauspieler kein Leben in die Bude bringen. Karl Platen tat alles, was irgend möglich war, auch Fritz Lion, Charlie Brod, Lia Dahms und Eise Raite (in einer kleinen Epithodenrolle) machten ihre Sache so gut es ging. Es half aber alles nichts. Von Journalisten gibt es wirklich lustige Stücke. Soll das Thalia-Theater es mal mit Eising oder mit dem „Suppenhuhn“ von Kuburtin versuchen! Dgr.

Nationalismus und Reaktion in Italien. Das neue italienische Volksschulgesetz führt die italienische Unterrichtssprache auch in den neuen Provinzen ein, während Deutsch und Slovenisch in wenigen Wochenstunden gelehrt werden soll. Das deutsche Realgymnasium in Bozen wird aufgelöst und durch einen deutschen Unterakturs in der italienischen Oberrealschule ersetzt. In Volksschulen wird die Religion als Pflichtfach erstmalig seit der Gründung des Königreiches eingeführt, wie Mussolini es in seiner Programmrede versprochen hat.

Ein gutes Tabaksjahr. Wie beim Wein ist auch beim Tabak die Güte von dem Jahrgang abhängig, in dem die Wärier geerntet werden. Das Jahr 1923 wird nun nach amerikanischen Berichten als ein besonders reiches und gutes geschätzt. Der Tabak aus Virginien, der in großem Maßstab für die Zigarettenfabrikation in Betracht kommt, ist von außerordentlich guter Qualität und Farbe, und die diesjährige Ernte ist eine der größten, die jemals gesammelt wurde; man schätzt den Gesamttertrag auf 30 Millionen Pfund mehr als im Vorjahr.

Also glänzende Aussichten für — Produzenten und Händler.

Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe ist mit Wirkung ab 19. September auf eine Million festgelegt worden.

Spitzelfreunde.

Ausgerechnet die altkonformative „Kreuzzeitung“ fñhlt sich veranlaßt, sich zum Anwalt der kommunistischen Spitzel innerhalb der Sozialdemokratie zu machen. Sie tut es in der Form, daß sie den Brief des Genossen Ludow, den wir hier abdrucken, zum Gegenstand überaus alberner Glossen macht. Hier einige der feindlichen Geistesblitze:

Zu den hochwohlgeborenen Genossen Braun und Weinert ist jetzt der Herr Bezirksparteitag delegierter Ludow mit einer „partei-genössischen Ehre“ getreten... Und er tu's unter dem stolzen Titel: „Bezirksparteitag delegierter“ und beruft sich auf die eigene „partei-genössische Ehre“ und die „proletarische Ehre“ der Partei. Dieser Herr Bezirksparteitag delegierter mit seiner proletarischen und partei-genössischen Ehre — ist er nicht eine löstliche Kojebue-Gestalt? Man sieht förmlich, wie er mit seinen hochwohlgeborenen Herren Genossen Braun und Weinert auf der Schwelle steht und hernert, weil keiner der Betitelten und Hochwohlgeborenen den Vorritt zu nehmen wagt.

Als „Hauptführer“ der „Kreuzzeitung“ zeichnet ein Major a. D. und für gewöhnlich pflegen noch einige ihrer Redakteure ihre militärischen Titel von ehedem anzufügen. Man kann begreifen, daß diese Herrschaften, die sich ja wohl gelegentlich auf ihre „Offizierschre“ berufen, keine Ahnung davon haben, daß auch Sozialdemokraten ein hinausgeprägtes Ehrgefühl für ihre Pflichten gegen ihre Parteigenossen haben, daß in der Sozialdemokratie von jeder Verräter als Verräter galt, auch wenn kein Verrat nach dem überkommenen Strafkodex vor dem bürgerlichen Gericht nicht als „ehrenrührig“ festgestellt werden konnte. Beim allen Kommiß, von dem die „Kreuzzeitungs“-Leute ihre politischen Kenntnisse herleiten mögen, galt es ja, wie die Roma sagt, als selbstverständlich, daß sich jeder so gut herauswindelte, wie es eben ging. Mit dieser Art von Wahrheitsliebe kann man in einer kämpfenden Partei, die auf freiwillige Mitarbeit und auf das Vertrauen aller ihrer Mitglieder angewiesen ist, nichts anfangen. Deshalb beruft sich Genosse Ludow mit Recht auf seine partei-genössische Ehre, die es ihm und jedem anderen Parteigenossen verbietet, Spitzeldienste für die Moskauer zu leisten. Um so schlimmer für den Biederwahn, der tatsächlich den Verrat an die „rote Fahne“ beging und noch den dreifachen von uns sofort festgerageten Schandfleck hinzufügte, der mehrfach erwähnte Antrag der Funktionäre aus der Reichsdruckerei sei angenommen worden. Die Sache wird dadurch nicht besser, daß die „Kreuzzeitung“ diesen Schandfleck heute ihren Lesern als laute Wahrheit aufs Neue vorsetzt. Die dummen Bemerkungen des Junkerblattes über Ludow, Braun und Weinert sind nicht wert, daß man ein Wort darüber sagt. Aber die Parteigenossen, die wirklich auf ihre partei-genössische Ehre Wert legen, werden aus der freudigen Zustimmung, die die Spitzeldienste bei den junkerlichen Trägern der Offizierschre finden, ersehen, wessen Geschäfte der dunkle Ehrenmann besorgte, als er sich zum Zuträger für die Moskauer hergab.

Vorbereitung des Rheinstaates?

Paris, 18. September. (W.T.B.) Nach einer hiesigen Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission das in deutschen Schritten verwendete Handbuch „Neue deutsche Staatsbürgerkunde“ für die besetzten Gebiete verboten mit der Begründung, es enthalte eine Reihe hochtendenzvoller Kommentare zum Versailles Friedensvertrag.

Nach Meldungen der Pariser Presse hat sich das deutsche Telegraphenpersonal in Koblenz entschlossen, die Arbeit unter französischer Kontrolle aufzunehmen. Eine Bestätigung der Nachricht von deutscher Seite fehlt. Dagegen haben nach einer T.N.-Meldung in Koblenz Verhandlungen zwischen der Rheinlandkommission auf der einen sowie den Gemeinden und Industrievertretern auf der anderen Seite über die Wiederaufnahme der nicht für Frankreich in Betracht kommenden Produktion des besetzten Gebiets stattgefunden. Diese Verhandlungen sind gescheitert an der Haltung der Franzosen in der Kohlenfrage, insbesondere der Zahlung der Kohlensteuer.

Vertagung des Landtags.

Der Landtag nahm am Dienstag nach langen, durch die bekannten kommunistischen Geschäftsordnungsdebatten oft unterbrochenen Verhandlungen die dritte Beratung der Geschäftsordnungs-Uebertragung Rädlicher Elektrizitätsanlagen an eine Aktiengesellschaft und betreffend Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerkes bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung vor. In der Gesamtstimmung wurden die beiden Vorlagen mit großer Mehrheit angenommen.

Der Präsident schlägt dann vor, die nächste Sitzung am 16. Oktober, 3 Uhr nachmittags, abzuhalten und ihm die Festsetzung der Tagesordnung zu überlassen.

Zur Geschäftsordnung bemerkte Abg. Winkler (Dnat.), die Deutschnationalen hätten erwartet, daß der Landtag in diesen kritischen Zeiten zu den großen Fragen des Augenblicks Stellung nehmen werde. Wenn der Landtag sich schon heute vertagen wolle, dann doch nicht auf volle vier Wochen; er müsse längstens am 2. Oktober wieder zusammentreten.

Abg. Meyer (Komm.) spricht sich für Vertagung aus. Die Abg. Herold (S.) und Dr. Kalle (Dsp.) wenden sich gegen ein Vertagelagen.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärte: Die Entrüstung der Kommunisten über angeblichen Verrat des Landes könne von dem nicht ernst genommen werden, der sich an die Reden der Kommunisten hier im Landtag zu Beginn der Ruhraktion erinnere. Schon im Januar haben die Kommunisten die sofortige Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert. Der Kommunist Dahlem hat z. B. direkt davor gewarnt, daß deutsche Arbeiter auf patriotische Kundgebungen hereinfallen und in der Bezirkskonferenz der Kommunisten für Rheinland und Westfalen wurden große Debatten über die Frage geführt, ob man nicht mit den Franzosen im Kampf gegen den deutschen Kapitalismus partieren solle. (Großer Beifall bei den Kommunisten.) Wenn ich die „rote Fahne“ zitiere, dann machen die Kommunisten jedesmal einen fürchterlichen Rabau. Das ist nur ein Zeichen für ihre Verlegenheit. Herr Meyer von den Kommunisten entrüstet sich über unseren „Landeserrat“ und im selben Atemzug über unsere Propaganda für die Faschisten. Dabei ist es doch gerade er, der mit seinem Schwört „Landeserrat“ den Faschisten die erwünschte Parole liefert. Einen größeren Mangel an Logik kann man sich nur schwer vorstellen.

Schwer drückt die Not auf die Massen draußen im Lande, aber an dieser Not wird nichts durch Redeschwänzen hier im Hause geändert. Eines ist notwendig: Die Not darf nicht zur Katastrophe werden. Soll das nicht geschehen, dann ist eine sofortige Beilegung des Ruhrkonflikts notwendig. Es gilt also, alles zu vermeiden, was die Lösung dieses Konflikts aufhält und hindert. Wer den Abschluß des Konflikts stört, stürzt Millionen in Hunger und Elend. Hunger und Elend treiben zu Wahnsinnsstaaten. Die Wahnsinnsstaaten sind aber gerade das Ziel der Kommunisten. Was wir brauchen, sind nicht Reden, sondern tüchtige Handlungen der leitenden Männer. (Beifall.)

Nach Schluß der Debatte und nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen werden die deutschnationalen und kommunistischen Anträge auf sofortiges Vertagelagen des Landtages vom Abg. abgelehnt. Nächste Sitzung Dienstag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr. Der Präsident ist ermächtigt, den Landtag früher einzuberufen, wenn die Verhältnisse es irgendwie erfordern.

Amsterdam an den Völkerbund.

Die Denkschrift der Gewerkschaftsinternationale.

Genf, 18. September. (W.T.B.) Die Denkschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Reparationsfrage an den Völkerbund führt im einzelnen aus:

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der 20 Millionen Arbeiter vertritt, hält es für seine Pflicht, der Völkerbundversammlung den Friedenswillen der Arbeiterklasse und ihre Ansicht über die Bedingungen eines Friedens in Erinnerung zu bringen. Zwischenfälle wie der von Kartzu sind immer möglich, solange die allgemeinen Grundlagen des Friedens fehlen.

D. h. die Reparationsfrage ungelöst bleibt. Solange auf der dreifachen Grundlage der Rechte der Gläubigerstaaten, der Kollektivinteressen der Welt und der Zahlungsfähigkeit der Schuldner, die den verantwortlichen (soll wohl heißen „Schuldnermächten“, Red.) Mächten auferlegten Lasten nicht endgültig zahlenmäßig festgesetzt, solange ein gerechtes und ausführbares Programm nicht auf Grund gemeinsamer Verständigung angenommen ist, wird die Drohung bewaffneter Konflikte weiter die Völker drücken. — Die Denkschrift erinnert daran, daß die Rechtmäßigkeit von Reparationsforderungen allgemein anerkannt wird; aber daß sie nicht als Strafe, Repressalie und Kriegsschädigung

gedacht waren, sondern nur den Zweck verfolgen sollen, zur Befestigung des Friedens die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Das geht ausdrücklich aus den 14 Punkten Wilsons hervor, die die Grundlagen des Waffenstillstandes waren und auf denen weiter alle auszuführenden Regelungen beruhen. Tatsächlich können selbst die höchsten von Deutschland zu zahlenden Summen den materiellen Schaden nicht gutmachen; und so ist es jetzt auch

unbestritten, daß die Beträge des Londoner Zahlungsplanes nicht geleistet werden können.

Die letzte belgische Note stellt fest, daß man sie erheblich herabsetzen kann. Die Denkschrift zählt alle Vorbehalte auf, die der Internationale Gewerkschaftsbund in der Reparationsfrage bereits gemacht hat in der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Anordnung vor allem die Arbeitermassen belastet. Er erinnert ferner an seine Anregungen zur Regelung der Verwendung deutscher Arbeiter in den besetzten Gebieten, wie der Naturalleistungen und an die von ihm aufgestellten

Grundzüge:

Berechte Festsetzung der deutschen Schuld, gegenseitige Annullierung der Kriegsschulden, internationale Anleihe, internationale Zusammenarbeit zur Behebung der Solvitanordnung zum Zwecke des Wiederaufbaues, lauter Grundzüge, die heute auch in den Regierungsprojekten ausfließen.

Nach dieser Einleitung gibt die Denkschrift einen eingehenden Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Forderungen der einzelnen alliierten Regierungen. Der Londoner Zahlungsplan setzte die deutsche Schuld auf 132 Milliarden Goldmark fest und zwei in drei Tranches. Die Bonds A und B sind heute 50 Milliarden wert, die Bonds C, die auf dem Papier 80 Milliarden wert sind, gegenwärtig etwa 15, Frankreich verlangt 26, Belgien 5, die anderen Alliierten 5, England 14,2 Milliarden. Die Gesamtsumme dieser Forderungen entspricht dem Werte der Bonds A und B. Wenn man auch über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands alle Vorbehalte machen müßte, so sei diese erste Festsetzung schon ein wichtiges Ergebnis, wobei allerdings in Betracht zu ziehen sei, daß für die Herabsetzung ihrer Forderungen die Alliierten die Streichung der interalliierten Schulden und vor allem der Schulden bei Amerika fordern, so daß die

Regelung der Reparationsfrage der Regelung der interalliierten Schulden untergeordnet

bleibt. Angesichts der Wichtigkeit einer amerikanischen Entscheidung fordert die Denkschrift die amerikanischen Arbeiter auf, aus eigenem Interesse an dem Wiederaufbau Europas die Regierung zur Mitarbeit zu veranlassen.

In der Denkschrift heißt es weiter, die Schwierigkeiten, die sich der Reparationsfrage entgegenstellten, müßten sofort gelöst werden. Da ergaben sich drei wichtige Fragen: Erstens die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Eine weitere Hinausschiebung der Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit wäre verhängnisvoll, würde alle bestehenden Schwierigkeiten offen lassen, die deutsche Wiederaufrichtung und damit die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen verhindern. Die Notwendigkeit der deutschen Wiederaufrichtung sei unbestreitbar. Ein Bild der deutschen Finanzlage könne nicht entworfen werden, weil sie sich mit furchtbarer Geschwindigkeit verschärze. Aber niemand könne übersehen, daß

Deutschland am Abgrund des Unterganges

stehe und daß die Verlängerung dieses Zustandes seine Auflösung und seinen Zusammenbruch herbeiführen würde. Für Deutschland sowohl wie auch für seine Gläubiger würde der Untergang die furchtbarsten Folgen haben und im Herzen Europas einen Herd der Unordnung schaffen, der die gesamte Weltwirtschaft erschüttern müßte. Der Einwand, welchen selbst die Mächte erheben, die nicht an eine Eintreibung der gesamten Reparationsforderungen glauben, nämlich, daß eine Festsetzung der deutschen Schuld Deutschland verhindern würde, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, könne daher nicht berücksichtigt werden; denn auch diese Mächte hätten die Notwendigkeit von Moratorien anerkannt. Außerdem sei die Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit die Vorbedingung für eine internationale Anleihe.

Damit erhebe sich die zweite wichtige Frage: Die letzten Jahre haben gelehrt,

wie ausserlich das alliierte Programm der Reparationszahlungen ist,

das immer nur finanzielle Lösungen in Form von übertragenen deutschen Geldzahlungen an die Reparationskommission vorsetzt. Heute, da das deutsche Geld wertlos ist, muß dieses System als völlig absurd erscheinen, und der Gedanke der deutschen Arbeiterbeteiligung in den verwüsteten Gebieten, großzügiger Naturalleistungen,

Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine internationale Anleihe findet allgemeine Anerkennung. Deutschland müßte daher möglichst von den langfristigen Zahlungen befreit werden; andererseits kann die Wiederaufrichtung seiner Finanzen nicht durch seine eigenen Mittel verwirklicht werden. Hierzu ist die internationale Anleihe nötig.

Aber die Organisation dieser Anleihe wirft eine dritte Frage auf: die Ruhrbesetzung, über die sich der Internationale Gewerkschaftsbund schon früher geäußert hat, als er von Deutschland die Anerkennung der Reparationen und von der französischen und der belgischen Regierung die Beendigung der militärischen Besetzung forderte. Hierüber führt die Denkschrift aus:

Die internationale Arbeiterbewegung spricht von neuem ihre tiefe Ueberzeugung aus, daß

die gegenwärtige Besetzungspolitik verhängnisvoll

ist, die Deutschland ohne Nutzen für seine Gläubiger verfort, die Unruhe in Europa verschärft, die Weltwirtschaft desorganisiert und mit einer positiven Lösung der Reparationsfrage nicht vereinbar werden kann. Diese Besetzung muß jetzt auch ein Ende nehmen. Die französische Regierung erklärt in der Tat, daß sie ausschließlich Reparationszahlungen und Garantien dafür anstrebt, daß Deutschland seine Verpflichtungen ausführen will. Die deutsche Regierung erkennt ihrerseits die Rechtmäßigkeit der Reparationen an und schlägt Pfänder vor. Sollte da ein Einvernehmen unmöglich sein? Zweifellos besteht zwischen den Forderungen derer, die das Ruhrgebiet besetzt halten, und den deutschen Vorschlägen noch ein großer Gegensatz. Die wirtschaftlichen Pfänder, von denen die ersten sprechen, beziehen sich fast ausschließlich auf die rheinisch-westfälischen Gebiete; die vom Reiche vorgeschlagenen Pfänder umfassen die Wirtschaft des ganzen Reiches.

Erkennt man hier nicht die Notwendigkeit einer internationalen Aktion?

Es ist klar, daß die Besitzergreifung durch die Alliierten und vor allem durch Frankreich und Belgien an den wirtschaftlichen Organismus eines deutschen Grenzgebietes ständige Proteste, Mißtrauen und Unruhen herbeizurufen wird; aber ebenso werden zahlreiche Einwände entstehen, wenn die Alliierten wirtschaftliche Organismen im ganzen Reiche als Pfand ergreifen. Man könnte geltend machen, daß es sich um einen Eingriff in die deutsche Souveränität handelt und daß dieses Verfahren ständige Reibungen und Konflikte verursacht. Außerdem entspricht es kaum den notwendigen Bedingungen für eine internationale Anleihe; denn diese müßte, wenn auch nicht für die ganze Summe, so doch immerhin für den größten Teil in neutralen Ländern ausgegeben werden. Gewiß kann man aber nicht hoffen, daß die Anleihezeichner einer Schuld, für die der deutsche Reichtum und das deutsche wirtschaftliche Rüstzeug verpfändet sind, es hinnehmen, daß diese Pfänder sich in der Hand einiger Regierungen befinden. Ein solches System würde ein Hindernis für die geplante Anleihe sein. Die Kontrolle der Pfänder muß daher international sein und nicht nur einigen Staaten anvertraut werden. Sie muß auf ein Minimum beschränkt werden und Deutschland die freie Verfügung über seine Arbeitsmittel lassen.

Eine

Regelung der Reparationsfrage muß und kann nur international

sein. Die Festsetzung der Zahlungsfähigkeit und der Höhe der deutschen Schuld kann nicht nur durch die Gläubigerstaaten erfolgen. Wenn man keine Annäherung unter den Forderungen der Gläubigerstaaten verzeichnen kann, so zeigt der gegenwärtige Stand der Frage wie seine frühere Entwicklung, daß in einer so ernsten Angelegenheit nicht auf eine direkte Verhandlung zwischen den interessierten Ländern gezählt werden darf, deren Ansprüche untereinander im Gegensatz stehen. Die Festsetzung der deutschen Lasten kann nur ein internationales Organ besorgen, das nicht nur in der Lage ist, einen Schiedsspruch zu fällen, sondern auch die legitimen Forderungen aller interessierten Staaten in einer, das allgemeine Interesse befriedigenden Lösung untereinander auszugleichen.

Nur ein internationaler Organismus, der unparteiisch und gerecht ist

und allen Vertrauen einflößt, kann die Anleihe verwirklichen und die Pfänderpolitik durchführen.

Entsprechend seinen früheren Forderungen erneuert daher der Internationale Gewerkschaftsbund am Schluß des Vorschlags, daß der zur Aufrechterhaltung des Friedens geschaffene Völkerbund die Initiative zu einer Lösung der Reparationsfrage ergreife, da diese die gesamte internationale Politik beherrscht. Allerdings müssen die in der Versammlung vertretenen Staaten eine solche Forderung unterstützen. Dann wäre es wesentlich, daß die direkt interessierten Staaten, Frankreich, Belgien und England, diese Forderung vor den Völkerbund bringen. Der Internationale Gewerkschaftsbund habe an den Völkerbund appelliert in der Gewißheit, im Interesse der Arbeiter der Welt und des Weltfriedens zu handeln.

Genf, 18. September. (G.E.) In der II. Kommission beantragte Stralofsky-Südafrika, der Völkerversammlung vorzuschlagen, sie möge erklären, daß die Reparationsfrage für die gesamte internationale Politik wie auch für die Tätigkeit des Völkerbundes eine drückende Last sei, und daß sie hoffe, die Frage baldigst geregelt zu sehen. Adachi-Japan hatte bereits vorher erklärt, er glaube, Grund zur Annahme zu haben, daß die Grundlage einer Lösung der Reparationsfrage bald gefunden sein werde. Munch-Dänemark unterstützte den Antrag Stralofsky, wogegen West-Frankreich sagte, die Öffnungswerte Jhhis hätten vollkommen genügt, und es sei keine Anspornung in einer Resolution der Versammlung nötig. Stralofsky bestand jedoch auf der Aufnahme seines Wunsches in die Resolution. Die Debatte wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Wirtschaft

Einfuhrbeschränkungen durch Zollserhöhung.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorkläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner Sitzung am 18. September mit einem ihm vom Reichsfinanzministerium zur Begutachtung vorgelegten Entwurf einer Verordnung über Zollserhöhungen. Der Entwurf sieht, um entweder bei der heutigen Finanzlage des Reichs die Eingangszölle in verstärktem Maße zur Deckung des Finanzbedarfs heranzuziehen oder aber die Einfuhr entgegenlicher und Luxusgegenstände einzudämmen und dadurch Devisen zu erlangen, einmal die Einfuhr von Zöllen bei jetzt kollektiven Waren vor, und zwar in der Hauptsache bei solchen Waren, die entweder nur dem Luxus dienen oder deren Einfuhr unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen als entbehrlich zu bezeichnen ist. Bei den Zollserhöhungen ist berücksichtigt, ob die allgemeinen Zollsätze der in Betracht kommenden Waren bereits eine Erhöhung erfahren haben oder ob sie noch in unverändertem Zustande bestehen, d. h. den ursprünglich festgesetzten allgemeinen Zollsätzen unterliegen. Bei den ersteren ist eine Er-

höhung im allgemeinen um etwa 33% oder 50 Proz., bei den letzteren eine solche von 100 Proz. vorgesehen. Ueber 100 Proz. hinaus geht die Erhöhung bei zwei Warenkategorien, nämlich einmal bei den in Salzlake eingelegten oder sonst einfach zubereiteten Champignons, die ein nur von den wohlhabenden Bevölkerungskreisen verzehrtes Genußmittel darstellen und weiter bei den dichten, ungewürzten tafelfähigen Geweben ganz aus Seide des Maulbeer-Spinners.

Einwendungen erhoben sich gegen die zu niedrigen Zollsätze für Wäulen, Mägen, Blütenblätter, Knospen usw. frisch oder getrocknet zu Binde- oder Fierzwecken sowie gegen die zu hohen Sätze für gewisse Gewürze, wie namentlich Pfeffer und Zimt.

Der Regierungsvorlage wurde jedoch sowohl in diesen beiden Fällen als auch insgesamt zugestimmt unter Annahme einer Entschärfung, die besagt, die beteiligten Ressorts zu erlauben, zu prüfen, ob nicht die Position 432 (keine Kollektive) des Zolltarifs und die gleichartigen Positionen aus dem Gebiete der Baumwolle, des Flachses usw. eine Zollserhöhung bis zu 130 Proz. der jetzigen Zollsätze ertragen können und ob ferner nicht in Position 212 die Worte „unter Zufuhr von Zucker und eingedickter Milch aus Weizenmehl bereitetes Kindermehl“ von der Zollserhöhung ausgenommen werden können.

Nullentaumel.

Wir sind gleichsam über Nacht zu Millionären geworden. Wir leben in einer Welt von Nullen, in einer geradezu unheimlichen Welt. Der Wert der Null wird uns recht klargemacht. Was vor langen Zeiten einmal 10 Pf. kostete und trotzdem nicht einmal als billig empfunden wurde, hat in den letzten Jahren der Reihe nach eine Mark, zehn, hundert, tausend, zehntausend, hunderttausend gekostet und kostet jetzt Millionen.

Die Zahl der Nullen ist gewachsen, überall, aber sie sind alle nicht mehr wert als das, was wir uns früher einmal für 10 Pf. kaufen konnten. Noch scheint diese Entwicklung nicht am Ende zu sein. Alle, die bei jeder neuen Null, an die wir uns gewöhnen mußten, sagten, daß es so nicht mehr weiter gehen könne, haben unrecht gehabt. Ihre Prophezeiung war selbst gleich Null. Heute sind etwa drei Millionen gleich 10 Goldpfennige bald werden zehn, hundert, tausend Millionen ebensoviel wert sein. Unser Zahlenfälschungswesen dehnt sich, geht in die Weite, bald werden wir mit Sonnenjahren wie mit etwas Alltäglichem rechnen. Unsere Jugend gewöhnt sich sehr schnell daran, sie lernt in Zahlen denken. Die Nullen, die manchem von uns in der Schulzeit so viele Kopfschmerzen verursachten, machen auf das neue Geschlecht keinen Eindruck mehr. Und das ist gut so in jeder Hinsicht. Doch die Alten gehen an den Nullen zugrunde. Sie sind aufgewachsen in der Anschauung, daß die Null etwas sehr Seltsames und Bedeutendes sei. Durch die Null wurden die Einer zu Zehnern, Hunderten, zu Millionen und Milliarden. Weiter konnten sie selten denken. Und das war schon sehr viel. Man denke, Milliarden, und alles durch die geheimnisvolle Null. Alle Lüge kann man es erleben, wie sich die Gedanken der alten Leute seltsam verwirren, wenn die Nullmaschine im Hirn arbeiten sollte. Kommt der Gasmann und verlangt „210“, ein altes Mütterchen ist allein zu Hause. Sie guckt ihn groß an und leuzt: „Ach, mein Gott, 210, dafür hat mein Mann einmal den ganzen Monat arbeiten müssen und heute bezahlt man damit gerade den Gasmann.“ Sie geht, holt zwei funktionsgeloene Hundermarkscheine und einen Fünzigmarkschein und fragt mißgelaunt den Gasmann, ob er ihr 40 M. wiedergeben könne. Der schaut sie groß an. „Aber Mütterchen“, sagt er dann lachend, „doch nicht 210 Mark, sondern zweihundertzweitausend Mark.“ Die alte Frau starrt ihn entseizt an, fassungslos. Sie kann das Zahlenungeheuer, sie kann die Welt nicht mehr begreifen. Weife lösen sich einige Tränen aus ihren müden Augen.

Zufällig kommt eine junge Frau, eine Nachbarin, die Treppe herauf. Sie muß ihr helfen, den Mann zu bezahlen. Lange noch, nachdem er gegangen war, sah die alte Frau wie geistesabwesend. Wie hatte sie über die Nullen ernsthaft nachgedacht. Nun waren die Nullen über sie gekommen und sie war ihnen unterlegen.

Man schreibt uns: Wohl ein duzendmal ist uns in den letzten Jahren das elektrische Licht vor der Nase ausgegangen: Betriebsstörung. Und wenn es auch niemals lange dauerte, so war es doch mehr als peinlich, plötzlich jeder Lichtquelle beraubt zu sein, sich zu überlegen, wo Strohholz stehen und mit diesen Sekundenstämmchen auf die Suche nach einem elenden Lichtstumpfen zu gehen. Wie leicht kann in der Nacht irgend etwas passieren. Man braucht Licht, es verjagt wieder einmal wegen Betriebsstörung und — die Katastrophe ist da. Kurz und gut, wir entschlossen uns, eine der alten Petroleumlampen wieder in Betrieb zu nehmen. Sicher ist sicher. So eine Funzel ist stets zur Hand und man kann sich auf ihr trübes Licht so bestimmt verlassen, wie man es auf den hellen Glanz des elektrischen leider noch nicht kann. Wir hatten auch noch eine Petroleumlampe aufgestöbert und um die handelt es sich jetzt. Richtiger aber um den Klempnermeister, der uns die drei kleinen Köcher, die in der Kanne waren, reparieren sollte. Dieser Meister war ein altes Männchen und noch unermüdet bei der Arbeit. Nach kurzer Zeit kam unser Junge mit der reparierten Kanne zurück. „Denk mal“, sagte er lachend, „der Meister will dafür 10 000 M. haben.“ „Wieviel will er haben?“ fragten wir erstaunt. „Zehntausend Mark.“ Wir sahen uns an, konnten aber nicht lachen wie der Junge. Hier sprang nämlich eine der tiefsten Fragen unserer Zeit plötzlich empor. Auf der einen Seite die Kasser, die gar nicht

hohe Preise genug nehmen können und auf der anderen einer, der sich scheut, den Zahlenwahnsinn mitzumachen. Meine Frau beachtete: „Als ich jetzt einem Meister 10 000 M. gab, hat er kein Wort gesagt. Wir können also dem Meister nicht 10 000 M. geben. Sie ging hinüber und sprach mit dem Alten. Der hatte müde gelächelt und erklärt: Er könne sich an die hohen Zahlen nicht mehr gewöhnen und es sei ihm unmöglich, seinen Kunden so hohe Preise abzufordern. Sie verstanden, wie er es meinte. Da haben wir ihn denn gefragt, ob er mit 500 000 M. bezahlt sei, und er ist ganz glücklich gewesen und hat gesagt: „Aber selbstverständlich. Und wenn Sie mal wieder 'ne Kleinigkeit haben, so bringen Sie's nur rüber. Das kostet nichts!“

Wenn die großen Geldmacher nur ein wenig von der anständigen Befinnung dieses Alten hätten, würde es besser um uns stehen.

**Der Frauenmord in Reinickendorf.
Ein neues Geständnis des Mörders.**

Die weiteren Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an der Krankenpflegerin Pleitig haben nunmehr ergeben, daß es sich auch in diesem Falle um einen Raubmord handelt. Das von der Mordkommission zusammengetragene Belastungsmaterial erwies sich als so schwer, daß der Mörder Weiß schließlich einräumte, daß seine Darstellung ungläubwürdig war, und er bequeme sich dann auch zu einem neuen Geständnis.

Weiß war arbeitslos, und die Unterstützung, die er bezog, verbrauchte er für sich selbst. Sein Verdienst als Metallhammer war auch nicht groß, und dieses Geld überließ er seiner Frau. Er war immer tiefer in Schulden geraten und hatte sogar die Wohnungseinrichtung verpfändet. Am dem fraglichen Abend hatte er einen großen Teil seiner Barschaft mit dem Mädchen durchgebracht. Morgens, als sein Raub verfliegen war, reiste in ihm der Plan, die Pflegerin umzubringen, um ihr Geld, ihre neue Strickjacke, den goldenen Ring und die braune Ledertasche zu bekommen. Schnell entschlossen ging er in die Küche und holte sich dort die Nordwerkzeuge. Während das Mädchen auf dem Betttrand saß, schlug er sie nieder. Er vollendete den Mord, indem er mit einem Messer und einer Gabel blindlings sein Opfer bearbeitete. Er selbst hatte sich dabei Verletzungen an der Hand zugezogen. Nachdem er seine Beutestücke zu Geld gemacht hatte, machte er sich in aller Ruhe dabei, die Wohnung von dem Blute zu reinigen. Trotzdem er dabei große Sorgfalt verwendete, gelang ihm dies nicht ganz. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung wurden noch viele Flecke gefunden, und die chemische Untersuchung hat ergeben, daß es sich um Menschenblut handelt. Der Mörder hatte sich für sein Mißi einen Entwurf gemacht und ihn abgeändert in sein Notizbuch eingetragen.

Fleischvergiftungen in Wilmersdorf.

Vor kurzem verstarb im Viktoria-Krankenhaus zu Schöneberg der Bureaubeihilfe Nickel aus der Johannistberger Straße 6 zu Wilmersdorf, vermutlich infolge Vergiftung durch verdorbenes Fleisch. Die von den Behörden angestellten Nachforschungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Von unterrichteter Seite wird uns dazu mitgeteilt: Am Freitag, den 7. bzw. Sonnabend, den 8. September, bezogen mehrere Familien sogenanntes „Kaffee R a m m s t ü d“ aus dem in der Johannistberger Straße befindlichen Laden des Schlächters Emil Rodies. Schon während der Zubereitung verbreitete das Fleisch einen penetranten Geruch. Beim Durchschneiden erwidete man in der Mitte einige linsenschwarze geäderte Streifen. Bei mehreren Beuten, die von dem Fleisch gegessen hatten, trat bald nach dem Genuß Ubelkeit und Unwohlsein ein, während Herr R., der vermutlich ein besonders stark vergiftetes Stück gegessen hatte, noch einwöchigen schweren Leiden verstarb. Erst durch die Nachricht von dem Todesfall wurde den Mitgliedern der weiteren beteiligten Familien klar, in welcher großer Gefahr für Leben und Gesundheit auch sie gefehrt haben mögen.

Das laufende Publikum sollte verdorbene Lebensmittel möglichst sofort zurückgeben und Fleischhändler, bei denen feststeht, daß sie erwiebsenmäßig bewußt verdorbenes Fleisch verkaufen, sofort zur Anzeige bringen.

60 Zentner Zucker beschlagnahmt. Gestern vormittag wurden bei dem Kaufmann Karl Hanisch in Lichtenrade, Bahnhofstr. 34, rund 60 Zentner Zucker beschlagnahmt, nachdem sich H. geweigert hatte, den Zucker an seine Kundschaft zu verkaufen.

**Das Märchen des Strafgefangenen.
Eine Schatzgräbergeschichte.**

Durch ein raffiniertes Schwindelmanöver und seine Leichtgläubigkeit ist der Gefangenenaußseher Köhner um Stellung und Freiheit gekommen. Er war im Strafgefängnis Plöbensee als Aufseher tätig. Unter den Inhaftierten befand sich der Kaufmann Friedrich Frigge, der eine mehrjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte. Frigge gelang es, das Vertrauen seines Gefängnisaußsehers zu erhalten. Er teilte Köhner mit, daß er einen Goldschatz, bestehend aus goldenen Ketten und Brillantschmuck im Laubengelände in Westend vergraben habe. Köhner sollte den Schatz in Sicherheit bringen und den Erlös mit ihm teilen. Der Gefangenenaußseher grub nun eines Nachts an der bezeichneten Stelle, aber der Goldschatz war nicht da. Als er am nächsten Tage dem Häftling von seinen vergeblichen Bemühungen Mitteilung machte, lehnte dieser den Spieß um und behauptete, daß der Aufseher den Schatz unterlagern habe. Er drohte Köhner mit einer Anzeige, wenn er ihm nicht zur Flucht verhelfe. Der dadurch eingeschüchterte Köhner ging nun auf den Fluchtplan ein. Eines Nachts öffnete er dem Gefangenen die Zellentür, verstellte ihn in der Hundehütte, bis er selbst Aufendienst hatte. Nachdem er noch dem Häftling einen Strolanzug verschafft hatte, half er ihm noch über die Mauer des Gefängnishofes, indem Frigge auf die Schultern des Aufsehers stieg und sich dann davonmachte. Um den Verdacht abzulenkten, war vorher am Gitterfenster der Zelle ein Strich befestigt worden, so daß der Anschein erweckt wurde, als ob Frigge auf diese Weise entflohen sei. Ein „Kassiber“, der aber nachträglich im Gefängnis gefunden wurde, verriet die ganze Flucht.

Köhner wurde verhaftet und hatte sich vor dem Landgericht III wegen vorfälliger Gefangenenbefreiung und Beistellung zu verantworten. Auch Frigge ist bald wieder ergriffen worden. Er war wegen aktiver Bestechung mitangeklagt. Rechtsanwalt Dr. Brandt machte für Köhner geltend, daß er das Opfer eines raffinierten Planes geworden sei. Die ganze Geschichte mit dem Goldschatz sei erfunden gemessen und nur darauf berechnet, den Aufseher den Wünschen des Häftlings gefügig zu machen. Im übrigen habe Köhner sich auch bemüht, den Schaden wieder gut zu machen, indem er selbst die Wiederverhaftung Frigges herbeiführte. Die Strafkammer trug diesen Gesichtspunkten auch Rechnung, und sah von der an sich verurteilten Zuchthausstrafe ab, billigte Köhner mildernde Umstände zu und erkannte gegen ihn auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Frigge erhielt eine Zusatzstrafe von 1 Jahr Gefängnis.

„Wählt Pfannkuchen!“

Ein alter Parteigenosse schreibt uns: Daß der Name unseres jüngstverstorbenen Genossen Wilhelm Pfannkuch auch humoristische Verwendung finden kann, bekundet folgender Vorfall aus dem Jahre 1884. Als Hafenclewer bei der Reichstagswahl infolge Doppelwahl das ihm zugefallene Mandat im 6. Berliner Wahlkreis abgelehnt hatte, wurde Pfannkuch hier aufgestellt. Ein hiesiger Bäckermeister kam auf den originellen Einfall, seinen Namen zu Wahlzwecken auszunutzen. An sämtlichen Wahllokalen stellte er Gehilfen mit riesigen Körben voll frischer Pfannkuchen auf. Wenn Wähler kamen, tänte ihnen von dortber der schallende Ruf: „Wählt Pfannkuchen!“ entgegen. Und tatsächlich wählten die Wähler des Ungehens mit dem Rühlichen zu verbinden. Unser Genosse wurde mit großer Majorität gewählt und die appetitliche Ware fand reichenden Absatz.

Die Einäscherung Wilhelm Pfannkuchs findet am Donnerstag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Teilnahme nur mit Karten, die vom Bezirkssekretariat herausgegeben werden.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die an der Bestattungsfeier teilnehmen wollen, können eine Einladkarte im Fraktionssekretariat erhalten.

Spenden der Laubkolonisten. Der Verein der Kleingartenpächter der Stadt Berlin in Blankenburg verteilte am Montag, den 17. September, an 500 arme Frauen und Männer des Bezirks Mitte Feld- und Gartenfrüchte. Die Beschenkten waren in der Gemeindeschule Kuppiner Straße versammelt. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden und Gesangsvorträgen des Männergesangsvereins „Einigkeit“, Bezirk Mitte, wurden die Gaben verteilt.

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

Die Genugtuung begann. Was war Besitz, Reichtum dem nimmer Rastenden? Nichts! Die wachsende Macht schuf Befriedigung. Schon sprach Billwanger and Comp. ein gewichtiges Wort mit bei einer Reihe anderer Unternehmungen, bei der Nordbahn, bei der Südseegesellschaft, sogar beim Stahltrust und anderswo. Wo neues organisiertes wo Leben erweckt werden sollte, war man dabei! — Ueberflüssig zu sagen, daß ich mit dem Herzen bei der Sache war, daß ich meine letzte Energie dafür ausgab. Das ist eben Amerika, daß es keine letzten Energien und zuerst die der Menschen ausbeutet.

Da brachte mich eines Tages ein scheinbar unbedeutender Vorfall zur Besinnung. Wir hatten in Ohio eine große Fabrik, die ausschließlich den bekannten Briefheftapparat „Fiz“ herstellte, der sich seinerzeit in so wenig Monaten die Welt eroberte. Nun kam eines Tages ein junger Schreiber darauf, wenn man die beiden Radeln des Apparates mit einem Feilenstoß einkerbe, so ließe sich die Maschine wesentlich vereinfachen. Er lief mit dieser Entdeckung zu Levy-Brothers, die sofort auf den Witz eingingen. Sie nannten ihren Apparat „Quiddy“, enthielten eine Riesenteklamation und innert Wochen fielen die Bestellungen auf „Fiz“ um die Hälfte, so auf ein Viertel. Der Direktor in Ohio tat, was man in einem solchen Falle tut: er stellte die Hälfte der arbeitslos gewordenen Arbeiter vor die Türe, den Rest setzte er auf Halblohn, solange bis sich ein neuer Erwerbszweig gefunden hätte, nach dem fieberhaft Ausschau gehalten wurde.

Nun hätte just damals die Sozialdemokratie in Amerika wieder einen neuen Anlauf genommen. Die Führerschaft griff gierig nach dem Vorfall, um den Beweis ihrer Existenz und Macht zu erdringen. Die Arbeiter in Ohio traten in Streit, worauf der Direktor mit Ausperrung antwortete. Nun drohte man mit einem Gesamstreik in allen Werken der Billwanger and Comp. Wir durften uns nicht einschüchtern lassen und antworteten überhaupt nicht. Darauf Generalstreik. Die erste Folge für mich war, daß ich seit sechs oder sieben Jahren zum erstenmal stundenlang nichts zu tun hatte, daß ich nicht fortwährend vor Fragen und Aufgaben gestellt war. Einfach nichts zu tun! Da begann ich nachzudenken, wie dieser Streit

entstanden sei, nämlich, weil einer darauf kam, daß man mit zwei Feilenstößen einen Apparat vereinfachen konnte! . . .

Das war eine unglaubliche Berrücktheit: weil einer etwas einfacher, besser machte, weil ein Fortschritt erreicht wurde, litten Hunderte Not, kam es zu Streit und Kampf! —

Wenn Levy-Brothers zum Billwanger-Konzern gehört hätten, so wäre dieser unsinnige Zwischenfall nicht möglich gewesen.

Kam denn dieser Streit, jeder Streit, alle Arbeitslosigkeit nicht einfach daher, weil es eine Konkurrenz gab?

Liebe Mutter Justette, ich will es Dir nur gestehen. Ich bin hier das Gegenteil von einem Sozialisten geworden. Wenn einer arbeitet wie ein amerikanischer Geschäftsmann, dann sind ihm die Achtstundentag-Herren mit ihrem ewigen Verlangen nach Bequemlichkeit ein Greuel, mehr, sie sind ihm ein Verrat am Sinn des Lebens, der dahin geht, zu schaffen, zu arbeiten! Nun stellte mich aber der Vorfall mit dem Fibinder vor die Erkenntnis, daß es auch bei uns nicht klappt. Wir Unternehmer schufteten draußlos, ohne uns Rechenschaft über den Sinn unserer Unternehmungen zu geben. Wie das Hühnlein aus dem Ei schlüpft und sofort davon rennt, wie es über Jahr und Tag Eier legt, ohne sich darum zu kümmern, ob es nötig ist oder nicht, so folgen die Fabrikanten einem dunkeln Trieb, erzeugen draußlos, ohne klare Erkenntnis: ist es auch vernünftig?

Woh! hat man eine unklare Ahnung: dies alles dient dem Fortschritt. Und wie anders wären wir zu den Schätzen hinter Wäldern und Wüsten gelangt, wie anders wäre die Menschheit zu ihrem Reichtum gekommen, als durch die lockende Macht des Geldes? Diese Wahrheit verkennen hiesige Stumpfsinn: erst der Kapitalismus und seine Kinder Industrie und Technik haben die Erde zu einem menschenwürdigen kulturmöglichen Aufenthaltort gemacht. Und trotzdem: wenn ein Fortschritt erzielt wurde, litten Hunderte Not. Kam es zu Kampf und Streit, kam es zu Krieg! —

Mit einem Wort, Mutter Justette, ich sah mich wieder, wie damals in der Rue Morronnier, vor die Frage gestellt: wozu dient das alles? Nicht mehr die Kleinräumerei, sondern der Industrialismus der Welt?

Es ist sehr wahrscheinlich, daß ich über diesen Anfall von Selbstbesinnung hinweggekommen wäre, zumal der Streit nach sieben Wochen mit einer glatten Niederlage der Arbeiter endete, wenn ich nicht kurz vor diesem Friedensschluß das Opfer eines Attentates geworden wäre.

Nämlich, als ich eines Abends aus einer Versammlung unserer Aktionäre auf die Straße trat, wurde ich im Augenblick, als ich mein Automobil bestieg, von hinten angeschossen. Ein Lungenschuß, der in drei Wochen völlig ausgeheilt war. Der Schuß wurde erwischt, und seine Einvernahme führte zur Verhaftung von etwa dreißig Anarchisten.

Ich sah die Gesellschaft bei der Hauptverhandlung, in der ich anwesend sein mußte. Unter den ziemlich verwegenen Burschen sah auch eine Frau. Ich erkannte in ihr sofort eine Dame, die ich seinerzeit in Genf kennengelernt hatte. Aus gewissen Gründen habe ich Dir nie von ihr erzählt, doch kann ich Dir heute gestehen, daß ich jene Dame heimlich heiß, wenn auch hoffnungslos liebe. Irgendwie ist sie nie aus meinem Herzen verschwunden, und während all der Zeit in der Rue Morronnier war sie vorwurfsvolle Erinnerung, und der von ihr angefachte Wille zu einer neuen und besseren Welt ist es im letzten und tiefsten Grunde, der mich aus jener Phylistergasse hinauspeitschte. Hier in Amerika hatte ich sie freilich fast ganz vergessen. Um so größer war nun die Ueberraschung, sie unter solchen Umständen wiederzufinden.

Die Bande stand unter der Anklage, eine Verschwörung gegen die New Yorker Geldaristokratie angezettelt zu haben, wofür der Beweis ziemlich lückenlos erbracht schien. Sie wurden alle mit ein bis sieben Jahren Zuchthaus bestraft. Am schlimmsten kam der Bursche weg, der auf mich geschossen hatte, ein frischer Kerl, dem ich gerne geholfen, wenn er sich früher an mich gewandt hätte. Meine Bekannte aus Genf erhielt achtzehn Monate.

Als ihr Urteil verkündet wurde, stürzten mir die Tränen aus den Augen. Sie selber saß ruhig und unbewegt. Wie werde ich vergessen, wie einfach und klar sie sich verteidigte. Und ganz unvergeßlich und von tiefster Wirkung war, als sie mit leise gehobener Stimme erklärte: „Das Unglück ist, daß es der Kapitalismus bis heute nicht verstanden hat, die Weltproduktion zu organisieren, so daß die widersinnige Konkurrenz, die daraus folgende Feindschaft der Klassen, die Kriege nicht aufhören!“

Der Gerichtspräsident, ein sehr vornehmer und kluger Kopf, verneigte sich und sagte: „Ich gebe Ihnen recht. Die Sache ist nur — wir glauben nicht, daß die Menschen ohne Konkurrenz und ohne die Peitsche Kapital auch wirklich arbeiten!“ —

(Fortf. folgt.)

